A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 23. März 1928
Freitag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Bergmann 8979—5999 Postscheck: Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt * Das neue Buch
Kraft und Stoff * Weltverkehr
Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

67. Jahrgang
Nr. 141
23. 3. 10 — 10 Pfennig

Zum Tage

* Der Reichstag erledigte u. a. folgende Gesetzentwürfe: Gebietsaustausch Sachsen-Thüringen, Luftverkehr mit Spanien, Warenaustausch Saarbeckengebiet, Abkommen über polnische Saisonarbeiter.

★

* Der Preußische Staatsrat genehmigte die Kapitalerhöhung um 30 Millionen bei der Zentralgenossenschaftskasse.

Durch Erlaß des Präsidenten der Republik Polen wurden Sejm und Senat zum 27. März zu ihrer ersten Sitzung zusammenberufen.

★

* Die bulgarische Parlamentssession wird, statt am 27. März zu schließen, bis zum 28. März verlängert.

Spanien kehrt nach Genf zurück

Madrid, 22. 3.

Die spanische Regierung antwortete auf die Einladung des Präsidenten des Völkerbundsrats zur Wiederaufnahme der Mitarbeit Spaniens am Völkerbund mit einem von Primo de Rivera gezeichneten Schreiben, in dem es u. a. heißt:

„Herr Präsident, Spanien, das im Laufe dieser Jahre nicht aufgehört hat, an dem erhabenen Ziele mitzuarbeiten, das den Völkerbund beseelt, indem es verschiedenen Ländern Ausgleichs- und Schiedsverträge vorschlug und solche mit ihnen abschloß, weiß die von Euer Exzellenz übermittelte Einladung des Rates wohl zu würdigen, und seine Regierung ist der Auffassung, daß es keine andere Antwort gibt als eine bankbare, bedingungs- und vorbehaltslose Zustimmung zu der ehrenvollen Aufforderung. Sie überläßt es der Versammlung, die Form für die Zuerkennung eines Sitzes an Spanien zu finden, damit seine Tätigkeit wirksam und nützlich sei und im Verhältnis stehe zu seiner bedeutenden Stellung als neutrale Großmacht während des letzten Krieges und zu seinem Rang als Schöpfer von Völkern und Zivilisationen. Das ist alles, Herr Präsident, was ich zu sagen habe."

Die Gattin des französischen Botschafters gestorben

Die Gattin des französischen Botschafters in Berlin, Fraу Claire de Margerie, ist am Nachmittag des 22. März nach längerem Leiden in Berlin gestorben.

Der Reichspräsident hat dem Botschafter in einem eigenhändigen Schreiben seine Teilnahme zum Ausdruck gebracht. Der Reichskanzler, der Reichsminister des Auswärtigen sowie der Staatssekretär des Auswärtigen Amts haben dem Botschafter persönlich ihre Teilnahme bekundet.

★

Frau de Margerie entstammte der französischen Familie Delorme. Ihre Heirat mit dem französischen Botschafter, die am 20. Juli 1921 stattfand, führte sie nach Berlin, wo sie Jahren nach Berlin. Die Gattin des Botschafters, die schon als Fräulein Cécile Delorme in Paris durch ihre künstlerische Begabung in der Gesellschaft eine große Rolle spielte, brachte es fertig, auch in Berlin in kurzer Zeit im Palais der Botschaft am Pariser Platz einen großen Kreis von Freunden und Bekannten um sich zu versammeln, zu denen nicht nur Vertreter des diplomatischen Korps und des Auswärtigen Amtes gehören, sondern auch Mitglieder künstlerischer und wissenschaftlicher Kreise der Berliner Gesellschaft. So unterstützte sie mit großem Geschick und mit Erfolg die diplomatische Tätigkeit ihres Gatten und verhinderte die Entfremdung, die infolge der Ereignisse der letzten Jahre zwischen der französischen diplomatischen Vertretung und zwischen Kreisen entstanden war. Die zahlreichen Freunde und Bekannten, die der liebenswürdige Charakter dieser geistreichen Frau in den Kreis der französischen Botschaft gezogen hat, werden mit aufrichtigem Mitgefühl der Witwe des Botschafters teilnehmen, der nun, nachdem er vorher mit der schweren Erkrankung seiner Gattin belastet war, nach kurzer glücklicher Ehe zum zweiten Male Witwer geworden ist.

Ende der bayerischen Koalition

Mehrheit für die Regierung ohne Bauernbund gesichert

ku. München, 22. 3. (Eigenbericht)

Der Besoldungsausschuß des Bayerischen Landtags hat heute die durch die Besoldungsvorlage im Reiche notwendig gewordene Beamtenbesoldungsvorlage für Bayern gegen die Stimmen des Bauernbundes, der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Da der Bauernbund bisher der Regierungskoalition angehörte und nunmehr in dieser grundsätzlichen Grundfrage zur Regierung in Opposition getreten ist, ist er aus der Regierungskoalition politisch ausgeschieden. Andererseits wird die Regierung mit großer Mehrheit im Plenum des Landtags trotzdem die Mehrheit für ihre Vorlage bekommen und damit das parlamentarische Vertrauen des Landtages erhalten bleiben. Nur der bauernbündlerische Landwirtschaftsminister wird durch die Verbotener seiner Fraktion betonte Ausführungsmäßig aus dem Ministerium ausscheiden haben. Die Abstimmung im Plenum ist für morgen zu erwarten.

Die Koalitionskrisis ist damit beendet und die Koalition besteht de facto nicht mehr. Von der Regierungskrisis kann nicht gesprochen werden.

Neue Besuche orientalischer Staatsoberhäupter

König Fuad — Mustapha Kemal Pascha — Schah Riza Khan

König Amanullah von Afghanistan hat als erster in seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt eine Reise durch Europa unternommen. Diese hat bisher einen sehr erfolgreichen Verlauf genommen und trägt sicherlich dazu bei, daß sein Volk mehr als bisher in den Ideenkreis der europäischen Völker und in das politische und wirtschaftliche Gesichtsfeld der alten Welt eintritt.

Aus diesen Gründe ist es zu begrüßen, daß voraussichtlich noch in diesem Jahre andere Persönlichkeiten, die an der Spitze orientalischer Staaten stehen, ebenfalls einen offiziellen Besuch an den Regierungssitzen der größeren europäischen Staaten abstatten werden.

So verlautet, daß bereits im Herbst König Fuad von Aegypten eine Europa-Reise antreten. Auch der Präsident der Türkischen Republik, Mustapha Kemal Pascha, sowie Schah Riza Khan von Persien sollen die Absicht haben, noch vor Ende dieses Jahres die wichtigsten Staaten Europas zu besuchen.

Selbstverständlich hängt die Durchführung dieser Absicht von der politischen Entwicklung ab, namentlich dürfte der Besuch von König Fuad von Aegypten erst dann stattfinden, wenn die zwischen den englischen und der ägyptischen Regierung bestehenden Streitfragen über die Auslegung des letzten englisch-ägyptischen Vertrages geregelt sind.

Auf dem Reiseprogramm der genannten Staatsoberhäupter wird sicher auch Deutschland stehen, da dieses Land, wie kein anderes, zum Studium, besonders der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklungen in der Nachkriegszeit Gelegenheit bietet.

Die Wahlen stehen bevor!
Den Weg aus der Wirrnis der Parteien und Interessengruppen zeigt Ihnen die „Deutsche Allgemeine Zeitung".
Keiner Partei dienstbar kämpft sie für Volk und Vaterland, für die Wiederaufrichtung der deutschen Staatsgewalt im Innern, für die Macht zur Freiheit nach außen.
Mit der Ehrfurcht für die große deutsche Vergangenheit verbindet sie den Willen, tatkräftig am Bau der deutschen Zukunft mitzuwirken und wieder ein mächtiges und im Rate der Völker geachtetes Deutschland zu schaffen.
Nur der kann heute sein wirtschaftliches Schicksal meistern, der die Wirtschaftsprobleme und ihren täglichen Wechsel beherrscht.
Führer dazu sei ihm der Handelsteil der „D. A. Z".
Wo stehen wir zehn Jahre nach dem Weltkrieg in Wissenschaft, Dichtung und Kunst? Die Antwort finden Sie im Feuilleton der „D. A. Z", das, in Richtung und Willen mit den übrigen Teilen des Blattes gleichgestimmt, zielbewußte nationale Kulturpolitik treibt.
Ueber alle wichtigen Ereignisse, ihre Zusammenhänge und Folgen unterrichtet der weltumspannende Nachrichtendienst der „D. A. Z".
Die Fortschritte in Naturwissenschaft und Technik finden Sie allgemeinverständlich dargestellt in den Technischen Beilagen der „D. A. Z".
Die „D. A. Z" hat sich durch die unbeirrbare Sachlichkeit ihres politischen und literarischen Kampfes eine feste Gemeinde geschaffen und in den zurückliegenden schweren Jahren erhalten. Jetzt, vor dem weiteren Ausbau unseres Blattes, rufen wir unseren Freunden zu:
Werbt für eure „D. A. Z", die am 1. April ihr neues Heim SW. 68, Ritterstraße 50, bezieht.

Russische Ironie gegen England und Amerika

fr. Genf, 22. 3. (Eigenbericht)

Litwinow hat die Gelegenheit, die ihm Lord Cushendun bot, nicht vorübergehen lassen. Er hat eine Rede gehalten, die nicht nur hervorragend war durch die in ihr steckende Arbeit und Materialbeherrschung, sondern die eine geistige Leistung allerersten Ranges bedeutet. Immer dies an die äußersten Grenzen gehen gehend, was in Genf gesagt werden kann, wurde er diese Grenzen restlos aus, mit einer Kühnheit, die nicht beleidigend wirkte, die bei allem Selbstbewußtsein nie Anmaßung war und weil sie gerechtfertigt war durch seine geistige Ueberlegenheit.

Litwinows Ausführungen richteten sich beinahe ausschließlich gegen den Engländer. Er sei ihm besonderen Dank schuldig für die Freiheit, mit der er gesprochen habe, um für die Erweiterung des eigentlichen Diskussionsthemas, die er vorgenommen habe. Er werde ebenso frei sprechen und seiner Initiative Folge leisten. Cushendun habe nach den letzten Gründen gefordert,

weshalb die Sowjets mit so dramatischer Plötzlichkeit mit so praktischen Vorschlägen nach Genf gekommen seien.

Er habe sich für die Gesinnung seiner Delegation interessiert und weshalb denn bisher die Sowjets kein Interesse an der Abrüstung genommen hätten oder — wie Cushendun es ausgeführt beliebt habe — weshalb sie die Abrüstung sabotieren. Er wolle den Vertreter Englands nicht fragen, mit welchem Recht er solche Fragen an ihn stelle. Er er denn auch Rußlands Recht anerkenne, die Engländer darüber ins Kreuzverhör zu nehmen, ob denn die englische Regierung, vielleicht aus reiner Friedensliebe ihre erlichtenen Soldaten aus anderen Gründen, und was England z. B. in der Abrüstung geleistet habe. Daß Cushendun vielleicht der Meinung sei, daß die Tatsache, daß seine und andere Regierungen bisher nichts zur Lösung der Abrüstungsschwierigkeiten getan hätten und eine zweite Lesung des Abrüstungsentwurfs unmöglich zu machen suchten, vielleicht als Sabotage ebenfalls bezeichnet werden könnte.

Die Sowjets hätten sich seit Beginn ihrer Regierungstätigkeit für die Abrüstung interessiert, z. B. 1922 in Genua, als andere Länder es vorzogen hätten, sich für das Privateigentum in Rußland zu interessieren. Niemals hätten die Sowjets einen Nachbarn angegriffen, noch an den kriegerischen Abenteuern anderer Nationen teilgenommen. Rußland sei ein Staat, der regelmäßig zur Abrüstung komme; die Mitglieder des Völkerbundes ersicheren aber gezwungen durch ihre Mitgliedschaft, ob sie wollten oder nicht. Wenn die Nationen während der ersten drei Sessionen nicht mitgemacht hätten, so

träfe die Schuld allein den Völkerbund, der sie nicht geladen habe.

Auf Lord Cushendunes Frage, ob die russische — wie er sage — Bolschewisten des Völkerbundes die Russen verachtige, hier mitzuarbeiten, erklärte Litwinow, Sowjetrußland habe über seine Stellung zum Völkerbund niemals den geringsten Zweifel gelassen. Würde Rußland seine Stellungnahme zum Völkerbund revaptisieren, so würde das Prestige des Völkerbundes, für das Lord Cushendun so ängstlich besorgt sei, faum aufgeredet werden. Für die Sowjets genüge es, daß sie unter Aufrechterhaltung ihres Standpunktes gegenüber dem Völkerbunde selber kein Hindernis für ihre Beteiligung sähen. Übrigens ist die Haltung der Vereinigten Staaten ja ganz ähnlich, was Lord Cushendun offenbar entgangen sei. habe Lord Cushendun vielleicht

im Sinn gehabt, Rußland zum Eintritt in den Völkerbund aufzufordern?

Das wäre jedenfalls nicht im Einklang mit der Politik seiner Regierung.

Lord Cushendun habe einen Artikel der „Komsersia" zitiert, der sich scharfsinnig und ironisch über den Völkerbund äußere. Das habe ja die russische Delegation auch selber in Genf getan. Ironie, Skepticismus, Spott zu übermitteln liege ja in der Macht der Vorbereitenden Abrüstungskommission; die brauche nur zu einem anwesenden Redaktor ihrer Arbeiten zu kommen.

Lord Cushendun habe versucht, es so darzustellen, daß die Abrüstung außerhalb des Völkerbundes so etwas wie eine Blasphemie sei. Er habe offenbar ganz vergessen, daß die Washingtoner Konferenz mit dem Völkerbund gar nichts zu tun gehabt habe, die Konferenz der drei Seemächte in Genf ebenso wenig, und jetzt gingen Verhandlungen außerhalb der Vorbereitenden Abrüstungskommission vor sich.

Lord Cushendun habe sich darüber entrüstet, daß im russischen Entwurf kein Bezug auf den Völkerbund genommen sei. Erstens sei Rußland nicht Mitglied des Völkerbundes, dann wisse Lord Cushendun offenbar nicht, daß eine große Reihe von Ländern, die Mitglieder des Völkerbunds sind, sondern an anderen Orten, in Paris zum Beispiel, lägen. Mehr noch: bei der Konvention über den internationalen Waffenhandel hätten die Vereinigten Staaten sogar darauf bestanden, daß des Völkerbundes keine Erwähnung geschehe. Chambrun habe dagegen protestiert, daß der englisch-chilenische Vertrag in Genf registriert werde. Wenn Rußland Genf beleidige, wie beleidige es erst durch solche Affe England, das Mitglied des Völkerbundes sei.

Lord Cushendun habe offenbar, um die Russen für die Mitarbeit an der Entwaffnung zu kompromittieren, die Frage erhoben:

Wie denk die russische Delegation über den Bürgerkrieg?

Wenn er Lord Cushendunes Beispiel folgen wollte und untersuchen würde, was sich hinter dieser Frage für eine Absicht verstecke, so ist sie wohl deshalb gestellt, um ihn zur offenen Verleidigung des Bürgerkrieges zu veranlassen und um ihn dann sofort der Propaganda zu verdächtigen. Aber er wolle nach Lord Cushendunes Motiven lieber nicht suchen. Seine Fragen seien vollständig überflüssig. Der russische Vorschlag behandle den internationalen Krieg. Niemals habe man etwas davon gehört, daß die Vorbereitende Abrüstungskommission gegen Bürgerkriege und Aufstandsbewegungen tätig sollte. Wäre dem so gewesen, so würden die Sowjets in dieser Beziehung jede Zusammenarbeit mit England abgelehnt haben. Es wäre wohl auch etwas naiv, von Rußland das zu verlangen. Die vier parlamentalen Regierungen sollten nun die spezielle Kompetenz ohne die Hilfe Rußlands zu lösen versuchen. Wolle Lord Cushendun vielleicht darauf hinaus, daß man

Armeen auch zur Niederwerfung von Revolutionen

brauche? Die russische Revolution sei ja gerade mit Hilfe der Armee verhältnismäßig leicht. Es müsse sich entschuldigen, wenn er diese Punkte berühre, aber Lord Cushendun habe sie angeschnitten.

Lord Cushendun verlange von den Sowjets zunächst einmal, daß sie sich von Eingriffen in die innere Politik anderer Länder freihielten. Einmal klage Rußland der Propaganda an. Was diesen Punkt betreffe, so möge Lord Cushendun sich erinnern, daß ein Redner englischer Premierminister erst vor ein paar Tagen den Sinowjew-Brief den größten Betrug der englischen Geschichte genannt habe. Auf solche Dokumente oder einmal sich die englische Anklage gegen russische Propaganda. Was den ersten Punkt anbelange, so seien die englischen und die russischen Begriffe darüber verschieden. Wenn England z. B. den Hafenpunkt Nanking beschieße, wenn es Geschwader in Schanghai stationiere, wenn es Peking ein Ultimatum schicke — das sei für England keine Einmischung in Angelegenheiten anderer Staaten. Was habe das alles — werde man fragen — mit der Abrüstung zu tun? Er antworte: Gerrisches. Aber der englische Redner schneide diese Frage an, und es wäre Mangel an Respekt und Höflichkeit, wenn er, Litwinow, nicht antworten würde.

Der russische Vorschlag, behaupte man, stehe nicht im Einklang mit den Völkerbundsjahungen. Wenn dem wirklich so sei, weshalb habe man denn das nicht vor einem halben Jahre gesagt, und wenn dem wirklich so wäre und wenn der Völkerbund hauptsächlich zur Erhaltung des Friedens geschaffen sei, weshalb andere man dann nicht seine Satzungen.

Leiste man dem Völkerbund einen Dienst, wenn man ihn um Frieden mahne?

Sei der Sabbath um der Menschen willen oder der Mensch um des Sabbaths willen da?

Andere Redner hätten bemängelt, daß der russische Plan weder wirtschaftliche noch sozialer Sicherheiten, sowie keinen gerechten Frieden biete, kurz kein Allheilmittel sei. Ein Allheilmittel hätten sie weder hieten können noch wollen. Man könne die Kriegsursachen nicht vernichten, werde behauptet. **Was habe man denn mit Deutschland getan? Jahrelang verlange einen gerechten Frieden. Offenbar hatte es den befehlenden Frieden nicht für gerecht und wünsche seine Änderung. Rußland sei einer Änderung der Friedensverträge keineswegs abgeneigt, und Italien sei in Mitglied des Völkerbunds und könne die Änderung der Friedensverträge verlangen.**

Eine Eigenart Lord Cushendunes sei es, alle seine Argumente auf falschen Prämissen aufzubauen. Er habe es so dargestellt, als verlange Rußland die Annahme seiner Vorschläge an blos. Rußland empfange gwar ab und zu ein Ultimatum, aber es stelle keine. Es habe nur eine Stellungnahme zu den Grundsätzen des Entwurfs verlangt, über die man sich einigen müsse, wenn nicht die Diskussion der Einzelheiten sinnlos werden sollte. Einzelheiten des Entwurfs könnten freilich einzelnen Ländern gefallen, England z. B. die Vorbehrung nach Zerstörung der Unterseeboote. Aber für solche aus dem Zusammenhang gerissenen Einzelheiten übernehme Rußland keine Verantwortung.

Lord Cushendun habe, soweit er Einzelheiten zitiert, hier hätte, sich gerade an die unwesentlichen gehalten. Da sei z. B. die

Bewaffnung der Polizei.

Bewaffnete Polizei sei ja gerade im Interesse Englands vorgeschlagen, zum Schutz des Eigentums also. Hätte Rußland das nicht vorgeschlagen, so wären sie sicher noch viel schärfer kritisiert worden. Bei in England die Polizei nicht nur mit Gummiknüppeln bewaffnet? Wie sei es denn in Ulster, wo die Polizei mit Maschinengewehren aufmarschiere, wie in Bombay? Lord Cushendun solle doch zugeben, daß bewaffnete Polizei gerade in Englands Interesse sei. Uebrigens, wenn man bewaffnete Polizei nicht wolle, die Sowjets können auch für Entwaffnung der Polizei eintreten.

Die Russen forderten für die Bürger die Ausübung von Waffen zu tragen. Lord Cushendun finde, so etwas sei nur in Rußland möglich. Sowjet man wisse, gebe es überall in England Waffenhandlungen, und Vertreter Rußlands seien in hochpolitischen Staaten angegriffen und getötet worden. In einem Punkte werde sogar Lord Cushendun selber zugeben müssen, nicht sein gewesen zu sein: Er klage Rußland des Verstoßes gegen die Abrüstungsidee an, wo doch aus dem russischen Entwurf deutlich hervorgehe, daß nur militärische Fachzeitschriften verboten werden sollten. Es gebe Völkerbundsmitglieder, die seien im Antrag eingebracht worden, die Verherrlichung des Krieges in Schulbüchern zu verbieten? Da Lord Cushendun freilich das Prinzip der totalen Entwaffnung annehme? Um die Beantwortung dieser Frage habe er sich leider herumgedrückt. Er habe von einem großen Ideal gesprochen. Aber hier sei man nicht zum Sinnen gekommen, um weit entfernte Ideale zu berathen, sondern um Ideale, welche Ideale jetzt in die Praxis umgesetzt werden könnten. Er wiederholte:

Nehme die Kommission die Grundsätze des russischen Vorschlages an oder nicht?

Wenn nicht, so lege er auf weitere Diskussion des russischen Vorschlages nicht nur keinen Wert, sondern widerspreche sich ihm, da das nur Zeitverzögerung wäre.

Dann wandte sich Litwinow gegen die ironische Art und Weise Gibsons von gestern. Der Amerikaner habe erklärt, er glaube zwar an die Aufhebung des Krieges, nicht aber an die allgemeine Abrüstung. Die Russen zögen vor, ihrem eigenen Sinn für Lust zu folgen, und fänden, daß der amerikanische Standpunkt darauf hinauskomme, unbewaffnete Nationen seien gefährlicher als bewaffnete. Credo quia absurdum!

Sehr überrascht habe ihn, so fährt Litwinow, daß der Vertreter Polens gedäutet habe, der russische Vorschlag interessiere nur den Mann auf der Straße. Allerdings fänden die Russen ja als Vertreter der Bauern (?) und Arbeiter und nicht der sogenannten besseren Klassen. Es werde die Zeit kommen, wo die Rückkicht auf den Mann in der Straße die Handlungen der Regierungen bestimmen werde.

Nach Litwinows Rede erhob sich

Graf Clausel,

um darauf aufmerksam zu machen, daß Graf Bernstorff sich zu den russischen Prinzipien noch nicht deutlich geäußert habe. Graf Bernstorff repliziere, daß er seinen Gesetzentwurf nichts hinzuzufügen habe. Clausel fordere dann die Vertagung. Der Wiederzusammentritt soll vom Präsidenten bestimmt werden, jedenfalls aber vor der nächsten Völkerbundsversammlung stattfinden. Die russischen Vorschläge sollen dann in Form einer von dem Entwurf der Kommission beraten werden. Bis dahin wünschen die Regierungen Stellung genommen haben. Gleichzeitig solle der deutsche Vorschlag dann zur Beratung gestellt werden.

Gegen diesen Vertagungsvorschlag erhob sich

Graf Bernstorff,

und darauf hinzuweisen, daß man bei Punkt 2 der Tagesordnung stehe, zu Punkt 3 habe Graf Clausel gesprochen. Er leiber habe zu diesem Punkt sehr viel zu sagen. Er müsse aber warten, bis über Punkt 3 gesprochen worden dürfe. Der Präsident bestätigte, daß man noch bei Punkt 2 sei. „Bis morgen werde das Büro eine Resolution zum russischen Vorschlag ausarbeiten. Darauf werde man Punkt 3 zur Diskussion stellen."

Calonder gegen die „Rota"

Das Heßlied für die Schulen Ostoberschlesiens verboten

Kattowitz, 22. 3.

Die hiesigen Zeitungen veröffentlichen heute die Stellungnahme des Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, in der Beschwerdesache Deutschen Volksbundes. Es handelt sich darum, daß deutsche Schulkinder zum Mitsingen des antideutschen Liedes „Rota" gezwungen worden waren. In den erhitzten Erwägungen wird ausgeführt, daß es mit dem Geist der Genfer Konventionen unvereinbar sei, in den Schulen Ostoberschlesiens Gesänge anzuordnen oder zu dulden, die gegen das Volkstum des einen Teiles der Bevölkerung Feindschaft, Haß oder Verachtung zum Ausdruck bringen. Dies ergebe sich aus den Bestimmungen der Artikel 75 und 131 der Genfer Konvention.

Aus diesen Erwägungen heraus wird die Beschwerde des Deutschen Volksbundes für begründet erachtet und die zuständige Behörde ersucht, an die Schulleitung die Weisung zu erteilen, das Singen der Rota in den Schulen Ost-Oberschlesiens zu unterlassen. Diese Entscheidung geht über den Antrag des Deutschen Volksbundes hinaus, der nur ein Verbot für die Minderheitenschulen beantragt hatte.

Ausfuhr von Zahlungsmitteln aus Sowjetrußland

mf. Moskau, 22. 3. (Eigenbericht)

Die Sowjetregierung hat, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, die Einfuhr russischer Währung nach der Sowjetunion zu verbieten, beschlossen, eine Einfuhr unbeschränkt zu gestatten, soweit es sich um Sowjetgeld handelt, das vor dem 1. August 1926 außer Landes gegangen war. Ferner werden für Reisende nach dem Auslande die Mitnahme von 300 Rubel in Sowjetwährung erlaubt sowie monatliche Ueberweisungen für jede einzelne Person, die aber je 100 Rubel nicht übersteigen dürfen.

★

Da der Kurs des Tschernonetz (Zahlungsmittel zu 10 Rubel Gold) in der Sowjetunion höher gehalten wird als er im Auslande steht, so hat die Sowjetregierung ein Interesse daran, daß die Umwandlung von Sowjets in Sowjetgeld erst nach Überschreitung der russischen Grenze erfolgt.

★

mf. Moskau, 22. 3. (Eigenbericht)

Die Kommunistische Akademie schloß Trotzki, Radek und drei weitere Angehörige der politischen Opposition aus seinen Kreise ihrer Mitglieder aus. Die genannte dafür zu Mitgliedern ausländische Genossen, unter denen sich Klara Zetkin und Thalheimer befinden.

Die „Herren" an der Saar

ru. Saarbrücken, 22. 3. (Eigenbericht)

Die Konferenz der beim Gewerkschaftsverein organisierten Knappschaftsältesten haben als einzig wirksames Mittel gegen die sinkende Leistungsfähigkeit der Saarkonzernbetriebe und der Defizitwirtschaft eine Beitragserhöhung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer um 9 Franken gefordert. Die französische Grubenverwaltung, die Teilnehmer hierzu zu der von den Gewerkschaften geforderten Beitragserhöhung nicht bereiterklären konnte, hat auch in der letzigen Vorstandssitzung des Saarknappschaftsvereins diese Erhöhung abgelehnt.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Derlautbarungen von 4 Uhr nachmittags

	22. 3.	21. 3.		22. 3.	21. 3.
Tägl. Geld	4½	4½	London 60 T.	4,84⅛	4,84⅛
Bankabsetze			Paris	3,93½	3,93½
60 Tage B.	3½	3½	Brüssel	13,94	13,94
90 „ „	3¾	3¾	Amsterdam	40,27	40,26
Fa. Handelsw.			Zürich	19,26½	19,26½
4 Monate Kurs	4 ½	4 ½	Madrid	16,70	16,70
6 „ Sichtkurs	4 ½	4 ½	Kopenhagen	26,81	26,81
Berlin Akzept	23,9½	23,9½	Stockholm	26,80	26,80
„ bes.	—	—	Rom	5,26½	5,26½
London			Prag	12,44	12,44
Kabel Tr.	4,88½	4,88½	Wien	10,79	10,79

New Yorker Börse

	22. 3.	21. 3.		22. 3.	21. 3.
Baltimore & Ohio	116	115	Elektrowerke	98	96½
Canad. Pacific	214½	214	Deutschelgemarg	53	53
Chesapeake & Ohio	195	196½	Rh.-Elbe-Union	109½	109½
Chicago Milwaukee	29½	29½	Rh.-Westf. Elek.		67½
Erie	57½	56	Rh. W. El. 1926	100½	101
Kansas City Sout.	37½	37½	Siemens & Halske	137½	137½
Pennsylvania	67½	67½	Sächs. Wbs. 45	102	102½
Reading	105½	106½	Siem. u. S. 1931	102	102½
Southern Pacific	121	121½	Ver. Stahlw. A.G.	95½	95½
Union Pacific	193	193½	Allg. Lok. Fabrik	100	100
Bethl. Steels	59½	61	Bayr. Staatsanl.	98½	98½
General Electric	145½	144½	Berl. Stadt 25	99½	99
General Motors	178½	177½	Bremer Anleihe	102	102
Gillette Safety Raz.	122½	120½	Franz. Gold 26	104½	105
Intern. Harvester	247	245½	Rep. Dawes Anl.	107½	107½
Standard Oil N. J.	39½	39	Dt. Con. Vers. 07	102	102
Studebaker	62½	63½	Rentenbk. Kredit	100½	100½
U. S. Steel Corp.	148	149½	Reichsanl. 27		36
Ill. St. Louis Prior.	92½	92½	Mex. Gold v. 04	23½	24
Pf. Gen. Mtg. Bd.	101	101½	Pfandbriefe	100½	100
6% A. E. G. 1945					

New York, Produktenmarkt

	22. 3.	21. 3.		22. 3.	21. 3.
Kaffee Santos			Rohzucker p. Schiff		
Rio Inak.	16½	16,62	Weinbdbsch.	5,25	5,25
Rio Mai	17,25	16,70	Schmalz West.	12,25	12,25
Rio	14,65	14,78	Talg extra loose	06	06
Santos Mai	17,07	16,25	Bev. Saatl. Indo	9,50	9,75
Septbr.	13,68	13,86	März	9,65	9,72
Dez.	13,45	13,60	Mai	9,77	9,84
Baumwolle loko	19,80	19,80	Petrol. Stand. wh.	16,90	16,90
März	19,30	19,34	Pennsyl.	13,50	13,50
Mai	19,38	19,38	Midcontinent	1,19	1,13
Juli	19,29	19,29	Pennsyl. Schmöl	2,80	2,80
August	19,13	19,20	Zucker März	2,00	2,04
Lederhdl.	10,000	10,000	Mai	2,06	2,08
Kupfer elektr.	14,12	14,07	Juli	2,07	2,07
30-90 Tage	14,25	14,25	Kautschk. exp.	27,00	27,37
Zinn	53,50	53,75	abest.	26,75	26,12
Blei	6,00	6,05	Terpentin	60,50	60,50
Zink	5,70	5,675	Savannah	51,00	55,50
Kohlen p. Tonne	21,91	21,91	Baumw. R. Dez.	19,40	19,40

	22. 3.	21. 3.		22. 3.	21. 3.
Weizen, rot.	176½	172½	Mehl, Sp.	5,90—6,90	5,90—6,90
Kansas	150½	135½	Ausfuhrmehl	1,15—2,05	1,15—2,05
Mais, loko	114½	115½	Kaffeepr.	9—10 cts	9—10 cts

Chicago, Produktenmarkt

	22. 3.	21. 3.		22. 3.	21. 3.
Weizen März	141½	141½	Schmalz Mai	11,77½	11,82½
Mai	140½	139½	Rippen Mai	11,30	11,35
Mais März	99½	99½	Speck	11,25	11,37½
Mai	101½	102	Lebende Schweine	7,50	7,60
Hafer März	38½	38½	Schweinschl.	8,60	8,45
Mai	37½	38	Schweine Zufuhr	7,65	7,65
Roggen März	132½	132	Schweine Schlacht	8,25	8,15
Mai	128½	128½	Zufuhr (Chicago)	30 000	40 000
Schmalz März	11,60	11,55	(Westen)	150 000	152 000

Die Milliardenschiebungen in Frankreich

Skandalöse Verschleuderung des deutschen Eigentums in Elsaß-Lothringen

Mit besonderer Liebe hat sich die französische Presse in den letzten Wochen unserer Phoebus-Affäre angenommen. Man durfte zunächst glauben, daß dieses rege Interesse ausschließlich deshalb zustande trat, weil es immerhin eine Gelegenheit bot, gegen Deutschland zu hetzen und auf seine Geheimfonds hinzuweisen. Jetzt weiß man, daß ein zweites Motiv mitgespielt hat, nämlich die Absicht, einen Skandal im eigenen Lande totzuschweigen, der die Phoebus-Angelegenheit bei weitem in den Schatten stellt, und zwar nicht nur wegen der viel höheren Summe, um die es sich handelt, Phoebus hat immerhin nur unser eigenes Geld verloren haben, wurde drüben fremdes, und zwar deutsches Eigentum verschwendet und verschleudert. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß die Phoebus-Sache nach ihrem Bekanntwerden von der deutschen Regierung sofort sorgfältig geprüft und bereinigt worden ist. Dagegen war es bis zur Zeit der Vorgänge zufändigen Herrn Millerands eifrigstes Bemühen, die Mißbräuche aber zu fördern als abzuhindern, und Herrn Poincarés Bestreben, die Veröffentlichung des seit Wochen vorliegenden Untersuchungsberichts zu verhindern.

Die Aufdeckung der Milliardenschiebungen wurde wesentlich durch den elsaß-lothringischen Abgeordneten Schumann, auf dessen Mitteilungen hin im Jahre 1924 eine Enquetekommission zur Nachprüfung der Liquidation des deutschen Eigentums einberufen wurde, die ihre Untersuchungen bis in das Jahr 1927 ausdehnte und das Ergebnis in einem 195 Seiten langen Bericht niederlegte. Nun wollte Poincaré wenigstens die Publizierung aus rein politischen Rücksichten unterlassen, setzte dies aber nicht durch, so daß der Kommissionsbericht als Anhang zum Protokoll einer Kammersitzung bereits im Januar erschien. Immerhin erreichte es Poincaré, daß sich die weitere Oeffentlichkeit erst mehrere Wochen später mit der Angelegenheit zu befassen begann.

Der Bericht der Untersuchungskommission behandelt nur ein kleines Teilgebiet aus dem über die Handhabung der Liquidation vorliegenden Material. Zunächst wurde die Nachprüfung auf Elsaß-Lothringen beschränkt, nachdem auf Grund von Stichproben unter den rund 15 000 Liquidationsakten in Frankreich die Unmöglichkeit gerechtfertigt erschien, daß die Handhabung dort korrekt gewesen sei. In Elsaß-Lothringen selbst sind etwa 40 000 Sequesterungen vorgenommen worden, von denen sich zur Zeit des Arbeitsbeginns der Untersuchungskommission rund 5000 in der Liquidation befanden. Die Berichterstatter stellen nun zunächst fest, daß zur Durchführung der Liquidation sowohl jede brauchbare Organisation wie auch jegliche Kontrolle gefehlt habe. In den meisten Fällen sei bejahrte die Bestellung der Sequester und der Liquidatoren ganz willkürlich erfolgt und habe ganz offenbar lediglich den Ziele gedient, Angehörigen Personlichkeiten die private Bereicherung möglich zu machen. Die Berichterstatter erklären, sie hätten es sich nicht vorzustellen vermocht, daß Schiebungen solchen Ausmaßes in einem geordneten Staatswesen überhaup